

Antrag 273/I/2024**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Etablierung eines regulatorischen Rahmens für Energy Sharing für mehr Partizipation an der Energiewende**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages
2 und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesre-
3 gierung, werden aufgefordert sich engagiert für die Eta-
4 blierung eines regulatorischen Rahmens einzusetzen, der
5 das „Energy Sharing“ von erneuerbar erzeugtem Strom
6 unter Nutzung des öffentlichen Netzes ermöglicht. Hier-
7 durch soll eine breitere Teilhabe von Bürgerinnen und Bür-
8 gern sowie anderen Akteurinnen und Akteuren, wie ge-
9 werblichen und kommunalen Unternehmen, am Ausbau
10 der erneuerbaren Energien und an der Energiewende ge-
11 fördert werden.

12

13 Begründung

14 Für die Umsetzung von Energy Sharing fehlt bisher ein re-
15 gulatorischer Rahmen, der die für Energy Sharing notwen-
16 dige Nutzung des öffentlichen Netzes regelt. Dabei bie-
17 tet Energy Sharing durch die gemeinsame Nutzung von
18 erneuerbar erzeugtem Strom Personen, die keine eigenen
19 geeigneten Flächen (bspw. Gebäudedächer) für Solarener-
20 gieanlagen besitzen, aktiv an der Energiewende teilha-
21 ben. Dies fördert nicht nur die dezentrale Energieerzeu-
22 gung, sondern auch die soziale Akzeptanz und Unterstüt-
23 zung für die Energiewende innerhalb der Gemeinschaft.
24 Darüber hinaus werden Anreize geschaffen, um den de-
25 zentralen und zeitgleichen Verbrauch erneuerbarer Ener-
26 gien zu fördern. Die EU sieht die nationale Umsetzung
27 von Energy Sharing aus diesen Gründen bereits seit 2021
28 vor (Artikel 22 Erneuerbare-Energien-Richtlinie). Infolge-
29 dessen ist die Bundesregierung gefordert, das Konzept En-
30 ergy Sharing zeitnah umzusetzen und die bestehenden
31 Potenziale ähnlich wie in anderen Ländern (Beispiel Öster-
32 reich) zu nutzen.

33

34 Ohne einen passenden regulatorischen Rahmen für das
35 Energy Sharing bleibt die Energiewende eine exklusivi-
36 ve Angelegenheit, die vielen Bürgern, Unternehmen und
37 kommunalen Einrichtungen verwehrt bleibt. Die SPD
38 muss sich für eine gerechtere Energiepolitik einsetzen, die
39 allen gesellschaftlichen Schichten den Zugang zu erneuer-
40 baren Energien ermöglicht und so eine breite Basis für die
41 Unterstützung der Energiewende schafft.

42 Die Zielgruppe dieses Antrags sind alle Bürgerinnen und
43 Bürger, Gewerbe, kommunale Unternehmen und insbe-
44 sondere die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages
45 und der Bundesregierung. Die Umsetzung des Energy
46 Sharing verspricht eine demokratischere Energieinfra-
47 struktur, die in Einklang mit den Grundwerten der Sozial-

- 48 demokratie steht und eine nachhaltige und gerechte En-
- 49 ergiewende unterstützt